

## Regierung will VU-Forderungen prüfen

# Langfristige AHV-Sicherung: Postulat beantwortet

**VADUZ** Die Regierung hat das VU-Postulat zum Thema «langfristige Sicherung der AHV» beantwortet. Darin würden verschiedene Massnahmen erörtert. Bei der Erstellung einer Altersstrategie will die Regierung die acht Forderungen der VU prüfen. Das Postulat «Mögliche Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV im Rahmen einer Altersstrategie» wurde im November 2021 vom Landtag an die Regierung überwiesen. Sie wurde damit beauftragt, unabhängig vom bestehenden Mechanismus zur langfristigen Sicherung der AHV im Rahmen einer Altersstrategie dem Hohen Landtag in einem Bericht und Antrag verschiedene Massnahmen vorzulegen.

Die Postulatsbeantwortung sei nun erfolgt, teilte die Regierung am Dienstag mit. Allerdings war diese bis am Abend noch nicht öffentlich einsehbar. Laut Regierung werden in der Beantwortung der gesetzlich verankerte Interventionsmechanismus zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV sowie der bisherige Ablauf betreffend diesen Mechanismus im Detail erläutert.

### Kein Anlass zur Anpassung des Interventionsmechanismus

Bezüglich Gesamtbetrachtung führe die Regierung aus, dass das im Zuge des bestehenden Interventionsmechanismus eingeholte versicherungstechnische Gutachten bzw. die entsprechenden Berichte und Anträge die geforderte Gesamtübersicht

über die Folgen etwaiger Massnahmen sowie die Handlungsspielräume beinhalten. Die Entscheidung, welche der vorgeschlagenen Massnahmen ergriffen werden, obliege von Gesetzes wegen dem Landtag. Mögliche Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV seien insbesondere die Erhöhung des Beitragssatzes, des Staatsbeitrags, des Rentenalters sowie eine Kombination dieser Massnahmen.

Des Weiteren kommt die Regierung zum Schluss, dass der im Gesetz verankerte Interventionsmechanismus angepasst werden könnte, sofern der Landtag der Ansicht wäre, dass bereits vor Unterschreitung des gesetzlichen Grenzwertes Massnahmen oder ein Stufenplan notwendig sein sollten. Nach Ansicht der Regierung bestehe hierzu jedoch kein Anlass.

### Erarbeitung einer Altersstrategie

Im Rahmen der Erstellung einer Altersstrategie sollen die Forderungen der Postulanten neuerlich geprüft werden. Der Altersstrategie liege die Vision zugrunde, dass in Liechtenstein Menschen bis ins hohe Alter aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen sowie möglichst unabhängig und selbstbestimmt leben. Die Altersstrategie solle umfassend angelegt sein, unter anderem soll sie Fragen der finanziellen Mindestversorgung sowie der angemessenen Vorsorge durch nachhaltig finanzierte Sozialversicherungen aufgreifen, schreibt die Regierung. (red/ikr)